



Beschluss des Studierendenparlamentes vom 21.10.2010

I. Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Hamburg spricht sich klar gegen die Sparpläne des schwarz-grünen Senats aus und verurteilt diese scharf.

II. Geld ist genug da! – Für sozialen Fortschritt statt tiefe soziale Spaltung

Hamburg ist eine der reichsten Städte Europas mit großen sozialen Unterschieden. Hier werden durch Prestigeobjekte wie der Elbphilharmonie mit öffentlichen Mitteln große (Bau-)Konzerne subventioniert, um mit aufwendiger Inszenierung die tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft zu übertünchen. Wenn nun der CDU/GAL-Senat öffentlich Verzicht predigt und eine Kürzungspolitik gegen Kultur, Bildung und Soziales „ohne Tabus“ (mit Ausnahme des Polizeiorchester) durchziehen will, während die HochTiefAG weiterhin den Tempel für Kulturtempel in der Hafencity hochziehen darf, ist das eine weitere Unterordnung der Bevölkerung unter das Prinzip „Hamburg – wachsende Profite“, die die Krise verschärft.

Das Hamburger Studentenwerk hat deshalb bereits angekündigt die Mensapreise zum 1.1.2011 um ca. 10% zu erhöhen. Daneben soll ab dem Wintersemester 2011/12 der von allen Studierenden zu jedem Semester erhobene Teil des Semesterbeitrags, der an das Studentenwerk geht, von derzeit 51€ auf 70€ erhöht werden. Die Lebenshaltungskosten in Hamburg sind, wie die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aufzeigt, bereits heute sehr hoch. So ist Hamburg, was die Kosten fürs Wohnen anbelangt, die zweitteuerste Stadt für Studis in Deutschland (Durchschnittsmietkosten 345€ inkl. Nebenkosten). Hinzu kommt die Streichung von (Personal-)Ausgaben in der Verwaltung und die damit verbundene Umnutzung eines Teils der Studiengebühren für Verwaltungszwecke (nämlich die Verwaltung der Studiengebühren selbst). Bildung ist Menschenrecht und ist darum öffentliche Aufgabe.

Wenn Museen geschlossen werden sollen, Theater zusammengekürzt, Menschen entlassen, Kitas verteuert und Studis zur Kasse gebeten werden, ist es die Abwälzung der Krise auf die Bevölkerung. Es ist genau das, wovor viele Menschen seit dem Beginn der Finanzkrise gewarnt haben.

Ein besonderer politischer Skandal sind die Kürzungen bezüglich der Studiengebühren. Der Wegfall der, bei Verringerung der Studiengebühren eingeführten, Ausgleichszahlung in Höhe von ca. 1,6 Mio. Euro zum Erhalt des Studiengebührenmittelniveaus bricht der Senat Versprechen, zur Legitimation der fortgesetzten Gebührenerhebung. Die Mittel sind bereits fest in der Planung der Universität vorgesehen gewesen. Das führt zu einem Wegfall bereits eingeplanter

Maßnahmen in Studium und Lehre.

Weiterhin sollen entgegen derzeit gesetzlich festgeschriebener Regelungen, die durch Erhebung und Stundung der Studiengebühren entstehenden Verwaltungskosten inklusive der Zinsen für die Stundung, nun selbst über Studiengebühren finanziert werden. So sollen weitere 3,6 Mio. Euro der Studiengebühren zur Eigenverwaltung verwendet werden. Erneut wird damit belegt, dass mit den Studiengebühren nicht das Studium sondern die Banken finanziert werden. Damit wird den Studiengebühren jede mögliche Legitimation genommen.

Das Studierendenparlament der Universität fordert den Hamburger Senat und die Bürgerschaft zu einer politischen Kehrtwende auf. Die öffentlichen Mittel müssen ausgebaut und dafür verwendet werden, die solidarischen Entwicklungsmöglichkeiten der großen Mehrheit der Bevölkerung zu stärken:

- Steuerpolitisch muss die immer stärker auseinanderklaffende soziale Schere geschlossen werden.
- Die öffentlichen Aufwendungen für Gesundheit, Sozialpolitik, für alle zugängliche Kultur und

Bildung dürfen nicht gekürzt, sondern müssen dem realen Bedarf entsprechend ausgebaut werden.

Bildung und Wissenschaft sind zentral für die demokratische Verfügung der Menschen über ihre Lebensbedingungen. KiTa-Gebühren, Büchergeld und Studiengebühren sind daher für sozial offene und emanzipatorische Bildung umgehend abzuschaffen.

